

Antrag

der Abgeordneten Christiane Blömeke, Dr. Stefanie von Berg, Phyliss Demirel, Olaf Duge, Katharina Fegebank, Christa Goetsch, Dr. Eva Gümbel, Anja Hajduk, Antje Möller, Farid Müller, Heidrun Schmitt, Dr. Till Steffen, Dr. Anjes Tjarks und Jens Kerstan (GRÜNE)

Betr.: Geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen beenden und Alternativen aufbauen

Fünf Jahre nach der Schließung der geschlossenen Unterbringung am Standort Feuerbergstraße in Hamburg-Ohlsdorf sind Missstände im Zusammenhang mit der geschlossenen Unterbringung von Minderjährigen in Brandenburg öffentlich geworden. In den Häusern der Haasenburg GmbH sollen Kinder und Jugendliche einem brutalen Drill, Isolationsmaßnahmen, sogenannten Begrenzungsmaßnahmen, und Fixierungen ausgesetzt sein. Auch von der Verabreichung von Psychopharmaka ist die Rede. Pro Platz und Jahr zahlt Hamburg für die Betreuung 123.000 Euro (vergleiche „tageszeitung“, 15./16. Juni 2013, Seite 4 fortfolgende).

Seit dem Jahr 2009 werden auch Kinder und Jugendliche aus Hamburg in Häusern der Haasenburg GmbH in Brandenburg untergebracht. Aufgrund der aktuellen Vorwürfe ist es nicht zu verantworten, dass Minderjährige aus Hamburg weiterhin dort betreut werden. Der Senat ist aufgefordert, unverzüglich alternative Betreuungsmaßnahmen für die verbliebenen Minderjährigen zu finden.

Bereits der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zum geschlossenen Heim in der Feuerbergstraße hat gezeigt, dass diese Betreuungsform weder eine geeignete noch eine für die Jugendhilfe wünschenswerte Maßnahme im Umgang mit Minderjährigen mit besonders herausforderndem Verhalten ist. Bei der geschlossenen Unterbringung geht es in erster Linie um Freiheitsentzug, der Probleme nicht löst, sondern sie konserviert und verschärft. Zwang provoziert Widerstand und Unfreiheit zerstört Vertrauen. Aber ohne Vertrauen können diese Kinder ihr Verhalten nicht ändern. Es ist daher Zeit, sich vom Konzept der geschlossenen Heimunterbringung endgültig zu verabschieden und stattdessen die Voraussetzungen für eine kooperierende Erziehungshilfe im Umgang mit straffälligen und gefährdeten Kindern und Jugendlichen in Hamburg zu schaffen.

Als Alternativen zur geschlossenen Heimunterbringung kommen zum Beispiel intensiv betreute Wohngruppen infrage, in denen Kinder und Jugendliche rund um die Uhr, nach verbindlichen Regeln, in einem klar strukturierten Tagesablauf und von multiprofessionellen Teams betreut werden. Solche spezialisierten Angebote für Minderjährige mit besonders herausforderndem Verhalten, bei denen auch die Beschulung garantiert wird, gibt es in Hamburg nicht in ausreichendem Umfang. Die Hamburger Jugendämter und das Familieninterventionsteam (FIT) stoßen regelmäßig auf Schwierigkeiten, geeignete Betreuungsplätze in Hamburg zu finden. Für den Erfolg der Hilfen ist gerade bei delinquenten Kindern und Jugendlichen eine rechtzeitige und schnelle Intervention unerlässlich. Ein Verbund von freien Trägern der Jugendhilfe könnte die Suche nach geeigneten Maßnahmen vereinfachen, beschleunigen und zudem flexible Betreuungssettings ermöglichen.

Es ist jetzt Aufgabe des Senats und der zuständigen Fachbehörden, Alternativen zur geschlossenen Unterbringung zu schaffen und dazu Gespräche mit den freien Trägern der Jugendhilfe aufzunehmen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. dafür Sorge zu tragen, dass Einrichtungen der Haasenburg GmbH ab sofort nicht mehr belegt werden.
2. für Minderjährige aus Hamburg, die noch in Einrichtungen der Haasenburg GmbH untergebracht sind, die Verteilung auf andere Einrichtungen der Jugendhilfe schnellstmöglich vorzubereiten.
3. Alternativen zur geschlossenen Unterbringung von Minderjährigen in Hamburg – wie zum Beispiel intensiv betreute Wohngruppen – aufzubauen und diesbezüglich umgehend Gespräche mit freien Trägern der Jugendhilfe aufzunehmen.
4. der Bürgerschaft bis 31. Oktober 2013 zu berichten.